

Resolution

Protest gegen die Verhaftungen kurdischer Politikerinnen und Politiker in der Türkei

In den vergangenen zwei Wochen wurden in der Türkei über hundert Kaderleute der demokratischen kurdischen Partei DTP verhaftet und deren Computer beschlagnahmt. Unter den Verhafteten befindet sich auch Frau Gülcihan Simsek, bis vor kurzem Bürgermeisterin der Gemeinde Van-Bostanici. Frau Simsek ist die Initiatorin eines Wäschereiprojekts, das von der Stadt Basel aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit mit Fr. 65'000.- unterstützt worden ist. Die Wäscherei steht inzwischen. Dort können Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlinge aus den von der Armee zerstörten Dörfern – nicht nur ihre Wäsche waschen und Kontakte knüpfen, sondern auch diverse Bildungsangebote wahrnehmen (Alphabetisierungskurse, Gesundheitsberatung etc.).

Die Verhaftungswelle ist als Reaktion auf die Gemeindewahlen Ende März dieses Jahres zu verstehen. Im Vorfeld dieser Wahlen hat die regierende Partei AKP mit einer Charmekampagne versucht, die kurdischen Gebiete für sich zu gewinnen. So wurde erstmals ein TV-Sender in kurdischer Sprache aufgeschaltet. Doch die kurdische Bevölkerung liess sich nicht ködern. Sie hat nicht vergessen, dass die AKP in den vergangenen Jahren zwar viel versprochen, aber nichts für die Kurdinnen und Kurden getan hat. Die Stimmberechtigten erteilten der AKP eine Abfuhr und wählten mehrheitlich die kurdische Partei DTP. Diese wurde damit – gemessen am Stimmenanteil – zur viertgrössten Partei der Türkei. In Diyarbakir, der inoffiziellen Hauptstadt des kurdischen Teils der Türkei, erzielte die DTP 65% der Stimmen, in der Bergprovinz Hakkari gar rund 80%. Die kurdische Bevölkerung hat damit deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie eine demokratische und friedliche Lösung der Kurdenfrage anstrebt. Ohne Einbezug der DTP ist eine solche Lösung nicht denkbar.

Mit der kürzlich erfolgten Verhaftungswelle hat der türkische Staat einmal mehr bewiesen, dass er noch weit von demokratischen Gepflogenheiten entfernt ist. Es ist zu befürchten, dass die Verhaftungen den Auftakt bilden für ein Verbot der DTP. Dies hiesse aber nichts anderes, als dass ein grosser Teil der Bevölkerung von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen würde, denn das Grundrecht auf demokratische Teilnahme am gesellschaftlichen Prozess setzt voraus, dass die Organisationsfreiheit respektiert wird.

BastA! ist empört und beunruhigt über das undemokratische und brutale Vorgehen des türkischen Staates. Eine friedliche, politische Lösung der Kurdenfrage ist damit in weite Ferne gerückt, denn der Schlüssel zu einer solchen Lösung ist die demokratische kurdische Partei DTP. Wir fordern Bundesrätin Calmy-Rey auf, im Namen der offiziellen Schweiz gegen die massive Missachtung demokratischer Grundrechte durch den türkischen Staat zu protestieren und eine Vermittlerrolle im Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bevölkerung anzubieten.

Diese Resolution wurde an der BastA!-Jahresversammlung vom 22. April 2009 einstimmig verabschiedet.